

CDU erwägt radikale Steuerwende

Topverdiener sollen mehr zahlen, damit die Mittelschicht profitiert. Ideen gibt es auch für die Erbschaftsteuer.

Von Manfred Schäfers, Berlin

Die CDU denkt an eine Steuererhöhung für Spitzenverdiener. Um Menschen entlasten zu können, die mit einem Teil ihres Einkommens dem Spitzensteuersatz von 42 Prozent unterliegen, ist die Partei offenbar nunmehr bereit, ganz oben im Steuertarif stärker zuzulangen. Das geht aus dem Konzept hervor, das die Fachkommission Wohlstand unter ihrem Vorsitzenden Jens Spahn und seiner Stellvertreterin Nicole Hoffmeister-Kraut erarbeitet. Damit nicht genug, findet sich dort auch eine echte Neuregelung für die Erbschaftsteuer: Statt üppiger Ausnahmen für Unternehmensnachfolger plant die CDU, alle Erbschaften mit einem Einheitssatz zu belegen. Für die Wirtschaft ist darüber hinaus die Absicht wichtig, einbehaltene Gewinne zu entlasten. Es wird sogar die Gewerbesteuer zur Disposition gestellt. Noch handelt es sich bei all dem nur um einen Arbeitsentwurf. An diesem Freitag und Samstag wollen die 13 Mitglieder der Kommission abschließend über die auf 18 Seiten ausgebreiteten Vorschläge beraten. Das Ergebnis soll Eingang finden in das neue Grundsatzprogramm. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz soll die Stoßrichtung des Papiers prinzipiell befürworten. Es liegt der F.A.Z. vor.

Da der Einkommensteuertarif progressiv ausgestaltet ist, rutschen Arbeitnehmer mit jeder Gehaltsrunde automatisch in eine höhere Belastung. Zwar wird seit einigen Jahren der Effekt der Inflation ausgeglichen. Das heißt: Anpassungen, die die Geldentwertung spiegeln, werden berücksichtigt (sogenannte kalte Progression), nicht aber reale Einkommensverbesserungen. Schleichend wachsen somit viele Steuerzahler in Belastungen hinein, die früher für andere Einkommensgruppen gedacht waren. "Wir wollen die hart arbeitende Mitte entlasten und daher den Einkommensteuertarif spürbar abflachen", erklären die Autoren der zuständigen Fachkommission. Das Einkommen, bei dem der Spitzensteuersatz greife, liege derzeit bei dem 1,5-Fachen des Durchschnittseinkommens. Das sei leistungshemmend. Der Einstieg müsse später erfolgen. "Dafür werden wir die Progressionszonen der Höhe nach anpassen. Den Solidaritätszuschlag wollen wir dabei komplett abschaffen", heißt es. Dem wird nachgeschoben: "Im Gegenzug kann der Steuersatz für Spitzenverdiener in der obersten Progressionszone im Sinn der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit für besonders hohe Einkommen steigen."

Zu einem leistungsgerechten Steuersystem gehört nach Ansicht der Mitglieder der Fachkommission eine faire Besteuerung von Erbschaften. Das bestehende System sei zu kompliziert, bürokratisch und anfällig für missbräuchliche Steuergestaltung. "Daher streben wir einen einheitlichen niedrigen Erbschaftsteuersatz von 10 Prozent auf das gesamte übertragende Vermögen unter der Berücksichtigung von persönlichen Freibeträgen an, der für alle Erbschaften gleichermaßen gilt." Die Vererbung selbst genutzten Wohneigentums innerhalb der Familie will man "durch ausreichend hohe Freibeträge" schützen. Eine zinslose Stundung der Erbschaftsteuer auf zehn Jahre soll zum Erhalt von Betriebsvermögen möglich sein. Eine Vermögensteuer wird abgelehnt. Stattdessen wird ein erleichterter Vermögensaufbau für das Alter diskutiert, beispielsweise durch eine steuerliche Befreiung der Veräußerungsgewinne aus Aktien und Aktienfonds nach längerer Haltedauer. Erwogen werden auch Hilfen für den Vermögensaufbau von Kindern. Hier werden zwei Modelle genannt: "10.000 Euro bei Geburt oder 100 Euro im Monat bis zum 18. Lebensjahr" - dies ist allerdings mit sechs Fragezeichen versehen.

Um den Standort konkurrenzfähig zu halten, will die Fachkommission Steuern auf Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, "auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent deckeln". Zudem sollen Kommunen "statt der Gewerbesteuer Zuschläge auf ihren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erheben dürfen".

In der Wirtschaft wird die Arbeit der Fachkommission gleichwohl mit Skepsis verfolgt. "Dass die CDU an die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Veränderungen bei der Erbschaftsteuer denkt, trifft insbesondere Familienunternehmen und führt für sie zu weiteren Nachteilen am Standort Deutschland", urteilte Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. Die Steuereinnahmen erreichten im nächsten Jahr fast eine Billion Euro. Der Staat habe kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Ein einziger Erbschaftsteuersatz würde Familienunternehmen besonders belasten. "Nach allen Erfahrungen würde es auch nicht beim vorgesehenen Erbschaftsteuersatz von 10 Prozent bleiben", warnte Kirchdörfer.